

Info | 16.05.2021

## Wissenslücken nach Corona Geld allein baut keine Lernrückstände ab

Ein Gastbeitrag von Dr. Markus Warnke, Geschäftsführer der Wübben Stiftung  
(erschieden am 16. Mai 2021 auf Spiegel Online)

**Wie gut ist das milliardenschwere Aufholpaket für Schulkinder mit Lernlücken? Die Summe klingt imposant – doch davon sollten wir uns nicht täuschen lassen.**

Nachdem Bundesbildungsministerin Karliczek mit einer Milliarde Euro vorgelegt hat, zog Bundesfamilienministerin Giffey schnell mit derselben Summe nach. Es geht um Geld für den Abbau von Lernrückständen, die sich durch die Schließung der Schulen in der Pandemie insbesondere bei Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Familien aufgestaut haben. Dass Menschen und Parteien in unterschiedlichen Wahlen und Funktionen gewählt werden wollen, ist an dieser Stelle sicher kein Nachteil. Denn das Problem ist riesig – und dementsprechend auch der Bedarf an Unterstützung. Aber: Geld allein baut keine Lernrückstände ab.

Die Konzepte und weiteres Geld, von denen die Ministerinnen seitdem sprechen, müssen jetzt von den Ländern kommen. Man kann nicht wieder die Schulen nach den Sommerferien damit alleinlassen. Zwingend geboten ist eine systematische Erfassung der Lern- und Entwicklungsdefizite – damit die Kinder und Jugendlichen gezielt gefördert, Konzepte nachgeschärft, personelle wie finanzielle Ressourcen besser nachgesteuert werden können und die Wirksamkeit hinterfragt werden kann.

Wie groß der Aufholbedarf ist, weiß im Moment niemand. Klar ist nur: Es handelt sich mit Sicherheit um eine langfristige Herausforderung. Eine aktuelle Studie des ifo Instituts zeigt, dass sich die Lernzeit während der Schulschließungen mehr als halbiert hat und dass es im Distanzunterricht große Unterschiede zwischen den Schulformen gab. Während Gymnasien relativ schnell täglichen Onlineunterricht angeboten haben, gab es bei anderen Schulformen teilweise keinen regelmäßigen persönlichen Kontakt zur Lehrkraft. Mehr als die Hälfte der leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler hatte seltener als einmal pro Woche gemeinsamen Onlineunterricht.

### Keine Daten, keine Konzepte

Der reflexhafte Ruf einiger Verbände nach mehr Geld kann deshalb lediglich einen gefühlten Bedarf befriedigen. Seriös ist eine solche Forderung zum jetzigen Zeitpunkt nicht, zumal es nicht nur an Diagnoseverfahren, sondern auch an schlüssigen, aufeinander aufbauenden Konzepten zum Aufholen von Lern- und Entwicklungsdefiziten fehlt.

Vorschläge von Expertinnen und Experten gibt es mittlerweile etliche. Diese sind mal kurzfristig und beziehen sich auf die Ferien, mal mittelfristig, wenn es etwa darum geht, in Kleingruppen mit Studentinnen und Studenten oder pensionierten Lehrkräften in den sogenannten Kernfächern zu arbeiten. Das alles ist notwendig, ja. Aber der zwingenden Erwartung, dass die Bundesländer sich auf

diese Herausforderung schon eingestellt und Konzepte entwickelt haben, droht offenbar eine weitere Enttäuschung.

Jeder Reparaturvorschlag trifft wie ein Pfeil auf eine Zielscheibe, auf der alle längst bekannten Probleme des Bildungssystems stehen. Im Kern geht es um die herkunftsbedingten Nachteile für Kinder und Jugendliche, deren Eltern über wenig Geld und wenig Bildung verfügen.

## **Corona als Brennglas**

Daran scheitert das deutsche Schulsystem seit vielen Jahren mit zuverlässiger Regelmäßigkeit. Und die Pandemie wirkt hier wie ein Brennglas. Der entlarvende Begriff »Homeschooling« zeigt doch, wie wichtig das Elternhaus für die Schule ist – übrigens auch schon vor Corona. In der Zeit der geschlossenen Schulen wurde dieses Manko dann für alle sicht- und spürbar. Diejenigen, die zu Hause keine Aushilfslehrerinnen und -lehrer in den eigenen Eltern hatten, haben noch stärker den Anschluss verloren, als es in den Zeiten von offenen Schulen ohnehin schon der Fall war.

Das Elternhaus entscheidet über den Bildungserfolg der Kinder. Schulen unterstützen, so wie sie heute ausgerichtet sind, diesen Effekt. So wie es für den Abbau der Lern- und Entwicklungsdefizite nach den Schulschließungen nicht die eine Lösung gibt, trifft das selbstverständlich auch auf den Abbau der Chancenungerechtigkeit zu. Allerdings erstaunt es, dass es wenige in Schule strukturell verankerte Ansätze gibt, die gezielt Eltern und die Familien mit einbinden.

Genau hier setzt das Konzept der Familiengrundschulzentren an. Diese Zentren bieten zuallererst für die vielen unterschiedlichen Akteure in der Grundschule – von Schulleitung über Lehrkraft bis hin zur Schulsozialarbeit – einen gemeinsamen Orientierungspunkt und ein Ziel für die Weiterentwicklung: Wie kann es gelingen, dass die an jeder Schule unterschiedlichen Eltern aktiv angesprochen werden? Dass ihnen Angebote unterbreitet werden und so eine Brücke in die Familien gebaut werden kann?

## **Bildungsferne Familien als Bildungspartner**

Es geht um Eltern, die vielleicht selbst über keine positiven Schulerfahrungen verfügen. Auf sie muss Schule zugehen – und zwar losgelöst von den üblichen Problemgesprächen, die sonst oftmals den einzigen Anlass für einen direkten Kontakt bieten. Ganz niedrigschwellig werden sie in Elterncafés eingeladen und gefragt, was die Schule für sie tun kann. Es gibt Treffen zu Themen wie Mediennutzung; beim gemeinsamen Kochen und Backen werden Schulthemen angesprochen, die organisierten Näh- und Entspannungskurse werden flankiert mit Betreuungsangeboten und die Väter machen Ausflüge mit ihren Kindern.

Die Angebote sind so vielfältig wie die Menschen, die Möglichkeiten im Umfeld der Schule und die Wünsche der Eltern. Ideal ist es, wenn sowohl Lehrkräfte als auch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter bei allen Angeboten dabei sind oder zumindest für Türangelgespräche zur Verfügung stehen. Das gegenseitige Verständnis wächst und die Schulkultur verändert sich. Die Schule öffnet sich in den Sozialraum und kooperiert mit anderen Partnern.

Den Kommunen, die in den meisten Fällen nicht nur der Schulträger, sondern auch verantwortlich für die vielen anderen Familien-unterstützenden Maßnahmen im Sozialraum sind, kommen eine entscheidende Rolle beim Aufbau der Familiengrundschulzentren zu. Für die kommunalen Verwaltungen entsteht ein Mehrwert, wenn sie an der Schule einen Anlaufpunkt organisieren und so einen direkten und persönlicheren Draht zu den Familien bekommen. An dieser Stelle werden Schnittstellen zu den Ämtern organisiert, von denen alle profitieren.

## **Wir brauchen Mut und Veränderungswillen**

Es geht darum, dass sich die Schulen, unterstützt von den Kommunen, der Frage stellen, wie sie die Eltern in ihrem Umfeld ansprechen, mitnehmen und unterstützen können. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unterstützt diesen Ansatz seit dem vergangenen Jahr und die Zahl der Grundschulen, die zu Familienzentren werden, steigt stetig. Auch die neue Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat die Implementierung eines solchen Konzepts im Koalitionsvertrag verankert. Weitere Bundesländer zeigen großes Interesse.

Sowohl für den Abbau der Lern- und Entwicklungsdefizite als auch ganz generell sind die Familiengrundschulen als ein Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit zu sehen, deren Verbreitung in weiteren Ländern wünschenswert ist. Neben den geplanten zwei Milliarden Euro für kurzfristige Maßnahmen sollte die Coronakrise, die die Bildungskrise so schonungslos ins tägliche Bewusstsein gebracht hat, genutzt werden, um Schulen langfristig so auszustatten, dass sich die Bildungsschere endlich schließt.

Dazu braucht es Mut, Veränderungsbereitschaft sowie personelle und finanzielle Ressourcen, die über das Aufholpaket weit hinausgehen. An dieser Stelle sind Bund, Länder und Kommunen gefordert. Wenn die Bildungschancen vor allem von der sozialen Herkunft abhängen, müssen wir diese stärker in den Blick nehmen. Deswegen ist Elternarbeit so wichtig. Bildungsforscherinnen und -forscher sagen, dass der Einfluss des Elternhauses dreimal so stark ist wie der aller Bildungsinstitutionen zusammen.

Das kann man den bildungsnahen Eltern nicht zum Vorwurf machen. Aber den bildungsfernen Eltern muss man Unterstützung anbieten.